

Beschluss des Landesvorstandes der FDP Bremen am 5. Januar 2022

Lebensmittelpenden für Händler und Restaurants erleichtern – Lebensmittelverschwendung im Gewerbe reduzieren

Die Lebensmittelverschwendung durch die Gesellschaft ist ein großes klima- und ernährungspolitisches Problem. Wir Freien Demokraten fordern deshalb, dass Bremen entschieden gegen die Lebensmittelverschwendung durch den Handel vorgeht.

Unternehmen

Im Einzelhandel werden viele noch genießbare Lebensmittel vernichtet. Ein Grund hierfür ist bspw., dass Unternehmen eine Umsatzsteuer auf gespendete Lebensmittel abführen müssen. Dadurch entstehen Fehlanreize im Umgang mit wertvollen Ressourcen.

Wir Freien Demokraten fordern,

1. dass das Unions- und Umsatzsteuerrecht dahingehend geändert wird, dass auf gespendete Lebensmittel keine Umsatzsteuer mehr erhoben wird;
2. dass für Händler kurzfristig Abhilfe geschaffen wird, indem der Handel stärker über Unsicherheiten und rechtliche Vorgaben bei der Weitergabe von Lebensmitteln an soziale Einrichtungen aufgeklärt wird. Hierbei ist insbesondere auf die derzeitige Nichtbesteuerung bei Lebensmittelpenden hinzuweisen. Zudem ist die Finanzverwaltung für die umsatzsteuerrechtliche Behandlung der Lebensmittelpende an soziale Einrichtungen besser zu sensibilisieren;
3. dass für den Handel weitere Möglichkeiten geschaffen werden, noch genießbare Lebensmittel abzugeben. Dem Handel soll es zukünftig erlaubt sein, noch unverkaufte, aber genießbare Lebensmittel, die nicht mehr für den freien Verkauf vorgesehen sind, entweder weiterhin zum Verkauf anzubieten oder an karitative Einrichtungen und Initiativen zu spenden. Hierbei soll es dem Handel freistehen, ein Entgelt auf die Produkte zu erheben. Die abgelaufenen Produkte sind zur besseren Erkennbarkeit separat zu kennzeichnen und räumlich getrennt anzubieten. Leicht verderbliche Lebensmittel, die bei überschrittenem Verbrauchsdatum eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit darstellen, sollen hingegen weiterhin nicht verkauft werden dürfen.